

Stuttgart, 08.06.2007

**Verwaltungsreform Land/Kommunen
hier: Bericht und Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart zum
30.06.2007**

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss Gemeinderat	Vorberatung Beschlussfassung	öffentlich öffentlich	20.06.2007 21.06.2007

Dieser Beschluss wird nicht in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

- 1) Vom Bericht zu den Erfahrungen der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes (Anlage 2) wird zustimmend Kenntnis genommen.
- 2) Der im Rahmen der Berichtspflicht des Artikels 179 Verwaltungsstruktur-Reformgesetz abzugebenden Stellungnahme der Landeshauptstadt (Anlage 1) wird zugestimmt.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, über die Ergebnisse der Evaluation zu berichten.

Kurzfassung der Begründung

Die Behördenreform des Landes ist zum 01.01.2005 in Kraft getreten. Nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG) sind die Stadt- und Landkreise gehalten, dem Land zum 30.06.2007 über die Umsetzung der Verwaltungsreform und die erreichten Einsparungen sowie über den Grad der Privatisierung im Bereich der Liegenschaftsvermessung zu berichten.

Mit dieser Vorlage wird über die Erfahrungen der Verwaltung bei der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes berichtet (Anlage 2). Bestandteil ist darüber hinaus die im Zuge der festgelegten Berichtspflicht gegenüber dem Land abzugebende Stellungnahme (Anlage 1).

Finanzielle Auswirkungen

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Vorliegende Anfragen/Anträge:

Erledigte Anfragen/Anträge:

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister

Anlagen

1. Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart gem Artikel 179 VRG
2. Sachstandsbericht

<Anlagen>